

Resolution

der Dienststellenversammlung des WRG-Salzburg

vom 19. September 2013

Die Dienststellenversammlung des WRG-Salzburg lehnt aus folgenden Gründen den Entwurf des neuen Lehrerdienstrechts der Bundesregierung ab:

- Der Entwurf ist kein nachvollziehbarer Bestandteil einer Schulreform, die die Qualität des Unterrichts und damit die Qualität der Bildung der Schülerinnen und Schüler erhöhen soll. Sie ist lediglich eine Sparmaßnahme, die als Bildungsreform getarnt und so der Öffentlichkeit „verkauft“ wird.
- Die Lehrerinnen und Lehrer der AHS müssen um bis zu 40% ohne Lohnausgleich mehr arbeiten, obgleich die Anforderungen an den Lehrberuf in den letzten Jahren stark gestiegen und die Grenzen der Belastbarkeit der/des Einzelnen bereits jetzt erreicht sind.
- Es gibt keine Garantie der Unterstützung durch Supportkräfte wie Schulpsychologen, Sozialarbeiter usw. An Finnland gemessen, müssten in Österreich dafür

23 000 Stellen geschaffen werden. Stattdessen gehen über 15 000 Stellen ob dieser Sparmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer, und im Speziellen für Junglehrerinnen und Junglehrer, verloren.

- Junge Kolleginnen und Kollegen müssen demnach bis zu zehn Jahre auf eine Fixanstellung warten.
- Real bleibt das Anfangsgehalt pro gehaltene Unterrichtsstunde gleich. Hinsichtlich des Lebensverdienstes ist gegenüber den bestehenden Arbeitsverträgen ein Verlust von bis zu € 500 000.- zu erwarten.
- Jede Lehrerin und jeder Lehrer kann unabhängig von der Fachqualifikation beliebig eingesetzt werden. Ohne Fachqualifikation kann die hohe Qualität des Unterrichts nicht aufrechterhalten werden.
- Die leistungsabhängigen Zulagen werden im Wesentlichen gestrichen.
- Die Möglichkeit zur Fortbildung während der Arbeitszeit wird abgeschafft.
- Die wohlverdienten Ferien werden de facto gekürzt. Sie sind aber im bestehenden Ausmaß unbedingt zur Wiederherstellung der geistigen und physischen Kräfte, die die Lehrer und Lehrerinnen für die Ausübung ihres Berufes brauchen, notwendig.

Die Missachtung der durchaus berechtigten Bedenken der Gewerkschaft ist schlechter politischer Stil. Er entspricht nicht dem Geist der Sozialpartnerschaft. Außerdem wird ein System forciert, in dem die Qualität der Bildung missachtet und die Bemühungen aller daran Beteiligten nicht wertgeschätzt werden.

Wir lehnen daher den Gesetzesentwurf zum neuen Lehrerdienstrecht aufs Schärfste ab!